

Deutschland-Pohlheim: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

OJ S 60/2023 24/03/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Magistrat der Stadt Pohlheim

Postanschrift: Ludwigstraße 31

Ort: Pohlheim

NUTS-Code: DE721 Gießen, Landkreis

Postleitzahl: 35415

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Fachbereich 3 - Bauen und Feuerwehrwesen

E-Mail: s.weil@pohlheim.de

Telefon: +49 6403606-376

Fax: +49 6403606-379

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: www.pohlheim.de**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.had.de/NetServer>[/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-186c1f7aa5b-55be1afdad20a21d](https://www.had.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-186c1f7aa5b-55be1afdad20a21d)

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: www.had.de**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

KMS - Fachplanung TGA

Referenznummer der Bekanntmachung: SW-2023-003

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Gegenstand dieses Verfahrens ist die Vergabe der Fachplanung TGA bestehend aus den Planungsleistungen der Technischen Ausrüstung in den Anlagengruppen 1-5 u. 7 (Schnittstellen) sowie 8 (opt.) und Sonstigen Anlagen gem. § 55 HOAI (LPH 1-9).

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE721 Gießen, Landkreis

Hauptort der Ausführung: Pohlheim und Stadtteile

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Stadt Pohlheim beabsichtigt der Neubau einer Kindertagesstätte 5-gruppig mit 2 U3-Gruppen und 3 AÜ-Gruppen (U3 = Kinder unter 3 Jahren; AÜ = altersübergreifend: Kinder von 3 Jahren bis Schuleintritt).

Das Gebäude soll auf drei nebeneinanderliegenden Grundstücken errichtet werden. Ziel ist die Fachplanung anhand der Anforderungen an die Kita als Planungsgrundlage unter Berücksichtigung des erstellten Flächenbedarfs mit einer Nettoraumfläche von ca. 1190 m². Besonderheit: Quer über die drei Grundstücke von Nord nach Süd verläuft ein Entwässerungshauptkanal, der beidseitig bis zu einem Abstand von 3 m nicht überbaut werden darf. Eine Verlegung des Hauptkanals ist ausgeschlossen.

Der Bebauungsplan wird eigens für die Maßnahme aufgestellt und bedingt auch eine Änderung des Flächennutzungsplanes. Ein Satzungsbeschluss wird für Sommer 2023 angestrebt.

Ein Architekturbüro ist bereits mit den Planungsleistungen zum Gebäude und den Freianlagen beauftragt. Ebenso wurde bereits ein orientierendes Baugrundgutachten beauftragt.

Die Kita wird eingeschossig ohne Unterkellerung geplant. Trotz der ursprünglich vorgesehenen eingeschossigen Bauweise soll das Gebäude für eine eventuelle spätere Erweiterung/Aufstockung geeignet sein.

Das Gebäude soll den heutigen Anforderungen im Hinblick auf Errichtung und Nutzung entsprechen. Es soll energieeffizient und möglichst CO²-neutral betrieben werden können. Im Außenbereich wird das den vorgenannten Kita-Gruppen angepasste Spielgelände entstehen. Zu einem späteren Zeitpunkt ist evtl. ein Naturerfahrungsbereich ähnlich einer Wald- bzw. Natur-Kita innerhalb des Spielgeländes geplant.

Eine Förderung durch öffentliche Mittel wurde beantragt. Die entsprechenden Förderrichtlinien sind zu berücksichtigen.

Bei der Kita-Planung und Umsetzung sind alle relevanten Bestimmungen, Normen und Richtlinien in der jeweils aktuellsten Fassung zu beachten. Berücksichtigung sollen auch die Leitfäden, Empfehlungen und Regeln für Kindertageseinrichtungen von DGUV, Unfallkasse Hessen und Land Hessen finden.

Für den Neubau wird die Fachplanung TGA benötigt, bestehend aus den Planungsleistungen der Technischen Ausrüstung in den Anlagengruppen 1-5 u. 7 (Schnittstellen) sowie 8 (opt.) und Sonstigen Anlagen jeweils in den Leistungsphasen 1-9 gem. § 53 ff HOAI Abschnitt 2 in Verbindung mit Anlage 15, geschätzte Honorarzone II, geschätzte anrechenbare Kosten gem. Honorarformblatt TGA, Anlagengruppen 1-5 und 8 (optional) zu den jeweiligen Prozentsätzen, Anlagengruppe 7 in allen Leistungsphasen jedoch anteilig zu 10 %, da lediglich in Schnittstellen, Sonstige Technik in KG 490 und KG 550 in Außenanlagen ebenfalls in allen Leistungsphasen. Die einzelnen zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus der Honorarzusammenstellung sowie dem Vertragsentwurf nebst Anlagen.

Das Kostenziel des AG für die gesamte Kita über die Kostengruppen 300-700 beträgt 5,0 Mio. € brutto, dieses ist vom AN zu beachten und er hat seine Planung darauf auszurichten, dass dieses Kostenziel eingehalten wird.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 17/07/2023 Ende: 30/12/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Die Laufzeit des Vertrages kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend bestimmt werden. Sie kann sich je nach Projekterfordernis verändern; daraus können keinerlei Ansprüche abgeleitet werden.

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Im Teilnahmewettbewerb werden aufgrund der Teilnahmeanträge und der mit den Teilnahmeanträgen vorgelegten Erklärungen und Nachweise diejenigen geeigneten Bewerber ausgewählt, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden. Die Prüfung der Teilnahmeanträge vollzieht sich in einem dreistufigen Verfahren:

1. Stufe: Es wird geprüft, ob der Teilnahmeantrag/Bewerbungsbogen alle geforderten Angaben und Unterlagen enthält. Der AG behält sich vor, fehlende Angaben und Unterlagen nach § 56 VgV nachzufordern. Eine Nachforderung mit dem Ziel, Referenzen, die nicht den Mindestanforderungen entsprechen durch wertbare Referenzen zu ersetzen, findet nicht statt.
2. Stufe: Es wird geprüft, ob der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft nach den von ihm/ ihr eingereichten Angaben und Unterlagen grundsätzlich geeignet erscheint, die zu vergebenden Leistungen vertragsgerecht auszuführen, insbesondere die festgelegten Mindestanforderungen an die technische Leistungsfähigkeit erfüllt.
3. Stufe: überschreitet die Anzahl geeigneter Bewerber/Bewerbergemeinschaften die Anzahl der Bewerber/Bewerbergemeinschaften, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden soll,

wird eine differenzierte Eignungsprüfung vorgenommen, um den Bewerberkreis zu reduzieren. Diese Prüfung erfolgt anhand der Angaben im Formblatt Auswahlkriterien. Die Auswahl der Bewerber erfolgt anhand der dort aufgeführten Bewertungsmatrix.

Überschreitet die Anzahl geeigneter Bewerber/Bewerbergemeinschaften die Anzahl der Bewerber/Bewerbergemeinschaften, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden soll, wird eine Rangfolge gebildet und die 5 Erstplatzierten in dieser Rangliste werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Führt eine Punktgleichheit der Bewerber dazu, dass mehr als 5 Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert werden müssten, werden mehr als 5 Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert, und zwar neben den auf Platz 1-4 der Rangliste auch alle Unternehmen, die mit gleicher Punktzahl auf Platz 5 liegen. Bei Punktgleichheit zwischen Unternehmen, die auf den Plätzen 1-4 liegen, gilt Entsprechendes, das auf Platz 5 liegende Unternehmen wird dann aber nicht mehr zur Angebotsabgabe aufgefordert.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Es ist eine stufenweise Beauftragung für die Leistungsphasen 1-9 vorgesehen. Die stufenweise Beauftragung erfolgt in den folgenden 4 Leistungsstufen:

Stufe 1: LPH 1-4

Stufe 2: LPH 5-7

Stufe 3: LPH 8

Stufe 4: LPH 9

Die Beauftragung der Leistungsstufe 1 erfolgt mit Vertragsschluss. Die weitere Beauftragung der Leistungsstufe 2, 3 und 4 erfolgt sukzessive bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Baumaßnahmen.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

1) Beauftragung:

Der Auftraggeber behält sich vor, die ausgeschriebenen Leistungen nicht vollumfänglich zu beauftragen.

2) Formale Ausschlusskriterien:

— fristgerechter Eingang des Teilnahmeantrags (Frist siehe IV.2.2 der Bekanntmachung) gem. § 57 Abs. 1, Nr. 1 VgV;

— Vollständigkeit des Teilnahmeantrages unter Verwendung des Bewerbungsbogens.

3) Rechtliche Ausschlusskriterien:

— Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1, 2, 3 GWB vorliegen (Gründe im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung), bzw. Nachweis der erfolgreichen Selbstreinigung nach § 125 GWB;

— Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 4 GWB (Gründe im Zusammenhang mit Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben), bzw. Nachweis nach § 123 Abs. 4 S. 2 GWB;

- Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 124 GWB (Gründe im Zusammenhang mit Insolvenz, Interessenskonflikten oder beruflichem Fehlverhalten), bzw. Nachweis der erfolgreichen Selbstreinigung nach §125 GWB;
 - Eigenerklärung, dass keine für den Auftrag relevante Abhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen vorliegt gem. § 73 Abs. 3 VgV;
 - Eigenerklärung, dass keine für den Auftrag relevante wirtschaftliche Verknüpfung mit Unternehmen bzw. Zusammenarbeit mit anderen vorliegt gem. § 46 Abs. 2 VgV.
- 4) Bietergemeinschaften/Eignungsleihe/Unterauftragsvergabe:
- Bewerbergemeinschaften geben eine gemeinsame Bewerbung ab. Geforderte Eigenerklärungen und/oder Nachweise sind für jedes Bewerbergemeinschaftsmitglied gesondert zu erklären und vorzulegen. Dazu sind die entsprechenden Seiten zu kopieren und kenntlich zu machen, von welchem Bewerbergemeinschaftsmitglied die/der Erklärung /Nachweis stammt. Ferner ist eine Bewerbergemeinschaftserklärung (siehe Bewerbungsunterlagen) abzugeben, in der auch der Vertreter der Bewerbergemeinschaft mit postalischer und elektronischer Adresse zu benennen ist.
 - Im Fall der Eignungsleihe oder beabsichtigter Unterauftragsvergabe sind geforderte Eigenerklärungen und/oder Nachweise von dem Eignungsverleiher/Unterauftragnehmer vorzulegen.

Siehe Bewerbungsbogen nebst Anlagen

5) Zuschlagskriterien — die Bewertung erfolgt anhand des Formblattes "Zuschlagskriterien":

1. Qualität - Bieterpräsentation, Projektteam und Vorgehensweise 70 % Wertung, davon:
 - 1.1 Eignung und Erfahrung des Projektteams, Vorstellung Team u. Erfahrungen 15 % (0 — 4 Pkt.),
 - 1.2 Projektorganisation, Verfügbarkeit und Präsenz vor Ort während der Leistungserbringung 20 % (0 — 4 Pkt.),
 - 1.3 Zusammenarbeit mit Projektbeteiligten und Erfahrungen mit öffentlichen Auftraggebern 10 % (0 - 4 Pkt.),
 - 1.4 Darstellung der grundsätzlichen Herangehensweise bei Kitabauaufgaben mit Bezug auf örtliche Anforderungen 15 % (0 — 4 Pkt.).
 - 1.5 Darstellung des Kosten-, Qualitäts-, Termin- und Nachtragsmanagements 10 % (0 — 4 Pkt.).
 2. Honorarangebot 30 % Wertung, davon
 - 2.1 Gesamtsumme Netto-Honorar inkl. Zu-/Abschlag, Nebenkosten und Nachlass Wertung 27 % = $4 * (1 - (\text{Angebotspreis} / \text{günstigster Preis} - 1))$
 - 2.2 Stundensätze für Besondere Leistungen (durchschnittlich) Wertung 3 % = $4 * (1 - (\text{Angebotspreis} / \text{günstigster Preis} - 1))$
- Die Jury bewertet im Konsens. Es werden nur glatte Punkte für die Ziffern 1 bis 4 vergeben.
Punktebewertung:
- 4 Punkte: sehr überzeugend, sodass Vorgaben optimal
 - 3 Punkte: überzeugend, Vorgaben werden vollständig umgesetzt
 - 2 Punkte: teilweise überzeugend, Vorgaben werden überwiegend, aber nicht vollständig erreicht
 - 1 Punkt: wenig überzeugend, Vorgaben werden überwiegend nicht erreicht
 - 0 Punkte: ungenügend / keine Angaben und/oder Vorgabe wird verfehlt

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1.

Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Gemäß § 44, 75 VgV Berufsqualifikation: Ingenieur Dipl.-Ing./Master. Juristische Personen, zu deren satzungsgemäßen Geschäftszweck die geforderten Dienstleistungen gehören.

Mindestens einer der bevollmächtigten Vertreter der juristischen Personen muss die an natürliche Personen gerichteten Anforderungen erfüllen.

Die erforderlichen Nachweise und Erklärungen sind unter Verwendung des Bewerbungsbogens inkl. Anlagen zu erbringen und müssen ordnungsgemäß ausgefüllt werden. Für die geforderten Erklärungen und Nachweise ist die Verwendung der vom Auftraggeber vorgegebenen Formulare zwingend vorgeschrieben. Die Nichtverwendung der vom Auftraggeber bereitgestellten Formulare führt zum Ausschluss der Bewerbung. Der Auftraggeber behält sich vor, Erklärungen des Bewerbers durch entsprechende Bescheinigungen der zuständigen Stellen bzw. nach Rücksprache bei den zuständigen Stellen bestätigen zu lassen. Bei fremdsprachlichen Nachweisen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen. Bei Bewerbergemeinschaften sind die Nachweise für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

- Nachweis der Berufszulassung und Berufsausübungsberechtigung durch Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister bzw. - bei ausländischen Bewerbern - eine entsprechende Bescheinigung des Herkunftslandes gemäß § 44 VgV, nicht älter als 3 Monate.

Mehrfachbeteiligungen, d. h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Gesellschafter einer Bietergemeinschaft sowie als Bieter und gleichzeitig als Unterauftragnehmer eines Bieters/ einer Bietergemeinschaft, führen - wegen der damit verbundenen drohenden Verletzung des Geheimwettbewerbs - zum Ausschluss, sofern die betroffenen Unternehmen nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die Bewertung der Eignung erfolgt nach Maßgabe der Festlegungen im Formblatt Eignungskriterien

- Nachweis § 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV, dass im Auftragsfall eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung (auftragsübergreifend oder auftragsbezogen) abgeschlossen wird. Personenschäden mind. 2,0 Mio. Euro, sonstige Schäden 3,0 Mio. Euro. Die Deckungssummen müssen im Falle einer Bewerbergemeinschaft für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft in voller Höhe zur Verfügung stehen. Eine Bestätigung durch einen Versicherungsmakler wird nicht anerkannt. Sofern aktuell keine Versicherungsdeckung in den unter Ziffer III.1.2) geforderten Höhen besteht, hat der Bewerber eine Erklärung seines Versicherers vorzulegen, in der seine Versicherungsfähigkeit in den geforderten Höhen bestätigt wird.

- Eigenerklärung über den durchschnittlichen Jahresumsatz für entsprechende Dienstleistungen (Planungsleistungen Technische Ausrüstung mind. in den Anlagengruppen 1-5) der letzten 3 Geschäftsjahre gem. § 45 Abs. 4 VgV: Mindestpunktzahl ab 200.000 € netto, Höchstpunktzahl ab 500.000 € netto (Wichtung 15 %). Bei Bewerbergemeinschaften werden die Umsätze der Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft kumuliert berücksichtigt.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die Angaben sind auch für Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft zu machen und für solche Subplaner (Nachunternehmer) auf deren Eignung sich der Bieter im Wege der Eignungsleihe beruft.

Die Bewertung der Eignung erfolgt nach Maßgabe der Festlegungen im Formblatt Eignungskriterien

- Angabe des für die Durchführung der Dienstleistung vorgesehenen Personals, wie Projektleiter, stellvertretender Projektleiter und weitere Projektmitarbeiter (Angaben: Name, Ausbildung / berufliche Qualifikation, vorgesehene Funktion im Projekt, Funktion innerhalb des Unternehmens, Berufspraxis in Jahren) (Wichtung 20 %),

- Erklärung, dass der AN im Rahmen seiner Leistungspflichten an projektbezogenen Besprechungen zur Klärung von Planungsaufgaben und -Ziele mindestens einmal wöchentlich teilnimmt, ab der Leistungsphase 8 sind diese Besprechungstermine als Ortstermine (Baustellenbesprechungen) zu ermöglichen. die Erklärung ist vom Bewerber separat über die Vergabepattform abzugeben.

- Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten 3 Jahren ersichtlich ist gem. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV: Mindestpunktzahl ab 3 Beschäftigten, Höchstpunktzahl ab 5 Beschäftigte (Wichtung 15 %).

- Referenzlisten gem. §§ 46 Abs. 3 Nr. 1, 75 Abs. 5 VgV über früher ausgeführte Planungsleistungen im vergleichbaren Bereichen der angegebenen Fachplanungen (Gewichtung 50 %, 15 % je Unternehmensreferenz und 20 für die persönliche Referenz des PL): Die maximale Punktzahl kann mit insgesamt 3 passenden Referenzen erreicht werden. Passende Referenzen sind Referenzen, die mit den hier vorliegenden Projektinhalten und Anforderungen vergleichbar sind. Vergleichbar sind Referenzen, wenn sie die nachfolgenden Anforderungen erfüllen und die Leistungserbringung erfolgreich war.

Referenz 1 - 1. Unternehmensreferenz Planungsleistungen TGA

Es werden insgesamt 6 = 2x3 Punkte je 7,5 % (3 Punkte für das Erfüllen der Anforderungen, 3 Zusatzpunkte für BGFa) vergeben.

Anforderungen:

Planungsleistungen Technische Ausrüstung im Bereich Kita, Honorarzone II TGA und in den Anlagengruppen 1-5

mind. Beauftragung der LPH 3-6 und Abschluss der LPH 6 nach dem 01.01.2017

Sofern eine Referenz die vorgenannten Anforderungen erfüllt, können Zusatzpunkte erzielt werden durch Bruttogrundfläche des Referenzgebäudes (siehe Formblatt Eignungskriterien).

Referenz 2 - 2. Unternehmensreferenz Planungsleistungen TGA

Es werden insgesamt 6 = 2x3 Punkte je 7,5 % (3 Punkte für das Erfüllen der Anforderungen, 3 Zusatzpunkte für BGFa) vergeben.

Anforderungen:

Planungsleistungen Technische Ausrüstung im Bereich Kita, Honorarzone II TGA und in den Anlagengruppen 1-5

mind. Beauftragung der LPH 3-6 und Abschluss der LPH 6 nach dem 01.01.2017

Sofern eine Referenz die vorgenannten Anforderungen erfüllt, können Zusatzpunkte erzielt werden durch Bruttogrundfläche des Referenzgebäudes (siehe Formblatt Eignungskriterien).

Referenz 3 - 1. Persönliche Referenz Planungsleistungen TGA

Es werden insgesamt 6 = 2x3 Punkte je 10 % (3 Punkte für das Erfüllen der Anforderungen, 3 Zusatzpunkte für BGFa) vergeben.

Anforderungen:

Planungsleistungen Technische Ausrüstung im Bereich Kita, Honorarzone II TGA und in den Anlagengruppen 1-5

mind. Beauftragung der LPH 3-6 und Abschluss der LPH 6 nach dem 01.01.2017

Sofern eine Referenz die vorgenannten Anforderungen erfüllt, können Zusatzpunkte erzielt werden durch Bruttogrundfläche des Referenzgebäudes (siehe Formblatt Eignungskriterien). Wenn eine Referenz eine der vorgenannten Anforderungen nicht erfüllt, wird diese Referenz mit "0" bewertet und erhält auch keine Zusatzpunkte.

Für die Objektüberwachung ist zusätzlich eine angemessene Baustellenpraxis von mindestens 3 Jahren Voraussetzung.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Für die Objektüberwachung ist zusätzlich eine angemessene Baustellenpraxis von mindestens 3 Jahren Voraussetzung.

Der AN nimmt im Rahmen seiner Leistungspflichten an projektbezogenen Besprechungen zur Klärung von Planungsaufgaben und -Ziele mindestens einmal wöchentlich teil, ab der Leistungsphase 8 sind diese Besprechungstermine als Ortstermine (Baustellenbesprechungen) zu ermöglichen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Gemäß § 44, 75 VgV Berufsqualifikation: "Ingenieur. Juristische Personen, zu deren satzungsgemäßen Geschäftszweck die geforderten Dienstleistungen gehören. Mindestens einer der bevollmächtigten Vertreter der juristischen Personen (EN) muss die an natürliche Personen gerichteten Anforderungen erfüllen.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Anwendung findet die HOAI in der bei Auftragserteilung gültigen Fassung, soweit der Auftragnehmer seinen Sitz in der BRD hat und dort die Leistungen erbracht werden, Bau-, Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Stadt Pohlheim sowie des Landes Hessen.

Bewerbergemeinschaften sind zugelassen. Die Bewerbergemeinschaft wird im Auftragsfall eine Rechtsform annehmen, bei der eine Gesamtschuldnerische Haftung der einzelnen Bewerbergemeinschaftsmitglieder für die Erfüllung der vertraglichen Pflichten besteht. Diese haben in der Bewerbung die Mitglieder zu benennen und eines ihrer Mitglieder als uneingeschränkt bevollmächtigten Vertreter zu bezeichnen. Beruft sich ein Bewerber zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leitungsfähigkeit auf die Kapazitäten anderer Unternehmen, müssen jene Unternehmen erklären, im Auftragsfall gemeinsam mit dem Bieter für die Auftragsausführung zu haften (§ 47 Abs. 3 VgV).

Vertrags-/Abwicklungs- und Verhandlungssprache im Rahmen der Projektdurchführung ist Deutsch. Alle Projektdokumente und die Projektdokumentation sind in Deutsch zu erstellen.

Der Auftragnehmer hat während der gesamten Planungs-, Ausschreibungs- und Ausführungsphase eine kurzfristige Erreichbarkeit/ Verfügbarkeit vor Ort zu gewährleisten.

Der Bewerber darf bei Vertragsausführung nur Personen einsetzen, die eine Erklärung gem. § 1 Verpflichtungsgesetz durch Unterzeichnung der Niederschrift abgeben (siehe Anlage 11 zum Vertragsentwurf)

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 21/04/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 28/04/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/07/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3. Zusätzliche Angaben

1) Beauftragung und Realisierung:

Es besteht kein Anspruch auf Realisierung. Des Weiteren behält sich der Auftraggeber vor, die ausgeschriebenen Leistungen nicht vollumfänglich zu beauftragen.

2) Formale Ausschlusskriterien:

- fristgerechter Eingang des Teilnahmeantrags (Frist siehe IV.2.2 der Bekanntmachung) gem.

§ 57 Abs. 1, Nr. 1 VgV;

- Vollständigkeit des Teilnahmeantrages unter Verwendung der Pdf-Dokuments

Teilnahmeantrag Bewerbungsbogen.

3) Rechtliche Ausschlusskriterien:

- Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1, 2, 3 GWB vorliegen (Gründe im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung), bzw. Nachweis der erfolgreichen Selbstreinigung nach § 125 GWB;

- Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 4 GWB (Gründe im Zusammenhang mit Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben), bzw. Nachweis nach § 123 Abs. 4 S. 2 GWB;

- Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 124 GWB (Gründe im Zusammenhang mit Insolvenz, Interessenskonflikten oder beruflichem Fehlverhalten), bzw. Nachweis der erfolgreichen Selbstreinigung nach § 125 GWB;

- Eigenerklärung, dass keine für den Auftrag relevante Abhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen vorliegt gem. § 73 Abs. 3 VgV;
- Eigenerklärung, dass keine für den Auftrag relevante wirtschaftliche Verknüpfung mit Unternehmen bzw. Zusammenarbeit mit anderen vorliegt gem. § 46 Abs. 2 VgV.
- Eigenerklärung Erklärung Vergabesperre nach dem gemeinsamen Runderlass über den "Ausschluss von Bewerbern und Bietern wegen schwerer Verfehlungen, die ihre Zuverlässigkeit in Frage stellen" in der Fassung vom 24. November 2015
- Eigenerklärung Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021.
- Eigenerklärung, dass der AN in allen beauftragten Leistungsphasen bis Ende der LPH 8 mindestens einmal wöchentlich an einem Besprechungstermin zur Klärung der Planungsaufgaben und -Ziele teilnimmt. Ab der Leistungsphase 8 sind diese Besprechungstermine als Ortstermine (Baustellenbesprechungen) zu ermöglichen.

4) Bewerbungsformular und Bieterplattform:

- Die Bewerbungsunterlagen stehen auf der Bieterplattform eHAD zur Verfügung. (Link siehe I. 3) dieser Bekanntmachung)

Der Teilnahmeantrag ist elektronisch über die Bieterplattform einzureichen (Link siehe I.3) der Bekanntmachung). Die Registrierung auf der Bieterplattform wird empfohlen.

Bei den Formblättern (Teilnahmeantrag Bewerbungsbogen mit Anlagen) handelt es sich um interaktive PDF-Dateien zum maschinellen Ausfüllen, die im Internet (s. Ziff. I.3))

heruntergeladen werden können. Die Formblätter sind - in deutscher Sprache gut lesbar - vollständig auszufüllen. Eine Unterschrift ist bei elektronischer Bewerbung nicht erforderlich, der Name des Erklärenden/der bevollmächtigten Person sowie der Büroname sind jedoch zwingend.

5) Bietergemeinschaften/Eignungsleihe/Unterauftragsvergabe:

— Bewerbergemeinschaften geben eine gemeinsame Bewerbung ab. Geforderte Eigenerklärungen und/oder Nachweise sind für jedes Bewerbergemeinschaftsmitglied gesondert zu erklären und vorzulegen. Dazu sind die entsprechenden Seiten zu kopieren und kenntlich zu machen, von welchem Bewerbergemeinschaftsmitglied die/der Erklärung /Nachweis stammt. Ferner ist eine Bewerbergemeinschaftserklärung (siehe Bewerbungsunterlagen) abzugeben, in der auch der Vertreter der Bewerbergemeinschaft mit postalischer und elektronischer Adresse zu benennen ist.

- Im Fall der Eignungsleihe oder beabsichtigter Unterauftragsvergabe sind geforderte Eigenerklärungen und/oder Nachweise von dem Eignungsverleiher und Unterauftragnehmer sowie dem Unternehmen, deren Kapazitäten in Anspruch genommen werden, gesondert zu erklären und vorzulegen. Dazu sind die entsprechenden Seiten (Teilnahmeantrag Bewerbungsbogen) zu kopieren und kenntlich zu machen, von welchem Eignungsleihemitglied die/der Erklärung/Nachweis stammt. Ferner ist eine Verpflichtungserklärung (Formblatt 236 des Bewerbungsbogen) abzugeben, in dem der Bewerber nachweist, dass die Kapazitäten anderer Unternehmen die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden.

Siehe Teilnahmeantrag Bewerbungsbogen nebst Anlagen, der zwingend abzugeben ist!

6) Zuschlagskriterien - die Bewertung erfolgt anhand des Formblattes "Zuschlagskriterien":

1. Qualität - Bieterpräsentation, Projektteam und Vorgehensweise 70 % Wertung, davon:
 - 1.1 Eignung und Erfahrung des Projektteams, Vorstellung Team u. Erfahrungen 15 % (0 — 4 Pkt.),
 - 1.2 Projektorganisation, Verfügbarkeit und Präsenz vor Ort während der Leistungserbringung 20 % (0 — 4 Pkt.),

- 1.3 Zusammenarbeit mit Projektbeteiligten und Erfahrungen mit öffentlichen Auftraggebern 10 % (0 - 4 Pkt.),
- 1.4 Darstellung der grundsätzlichen Herangehensweise bei Kitabauaufgaben mit Bezug auf örtliche Anforderungen 15 % (0 — 4 Pkt.).
- 1.5 Darstellung des Kosten-, Qualitäts-, Termin- und Nachtragsmanagements 10 % (0 — 4 Pkt.).
2. Honorarangebot 30 % Wertung, davon
- 2.1 Gesamtsumme Netto-Honorar inkl. Zu-/Abschlag, Nebenkosten und Nachlass Wertung 27 % = $4 * (1 - (\text{Angebotspreis} / \text{günstigster Preis} - 1))$
- 2.2 Stundensätze für Besondere Leistungen (durchschnittlich) Wertung 3 % = $4 * (1 - (\text{Angebotspreis} / \text{günstigster Preis} - 1))$
- Punktebewertung Jury:
- Die Jury bewertet im Konsens. Es sollen nur ganze Punkte von 1 bis 5 vergeben werden.
- 0 Punkt: ungenügend / keine Angaben und/oder Vorgabe wird verfehlt
- 1 Punkte: wenig überzeugend, Vorgaben werden überwiegend nicht erreicht
- 2 Punkte: teilweise überzeugend, Vorgaben werden überwiegend aber nicht vollständig erreicht
- 3 Punkte: überzeugend, Vorgaben werden vollständig umgesetzt
- 4 Punkte: sehr überzeugend, sodass Vorgaben optimal umgesetzt werden

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Postanschrift: Wilhelminenstraße 1 - 3 (Wilhelminenhaus)

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de

Telefon: +49 615112-6603

Fax: +49 615112-5816

Internet-Adresse: <http://www.rp-darmstadt.hessen.de>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis bzw. - soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind - bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3, Satz 1, Nr. 1 bis 3 GWB).

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3, Satz 1, Nr. 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, soweit der Antrag erst nach Zuschlagserteilung zugestellt wird (§ 168 Abs. 2, Satz 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder auf elektronischem Weg bzw. 15 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 Abs. 2 GWB). Die anfängliche Unwirksamkeit eines öffentlichen Auftrages gem. § 135 Abs. 1 GWB kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der

Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsabschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 Abs. 2 GWB)

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Postanschrift: Wilhelminenstraße 1 - 3 (Wilhelminenhaus)

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de

Telefon: +49 615112-6603

Fax: +49 615112-5816

Internet-Adresse: www.rp-darmstadt.hessen.de

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

21/03/2023